

Anhang zum Jahresabschluss 2012

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2012 nicht verändert. Auch haben wir keine Veränderung der Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Umlauf- oder Anlagevermögen vorgenommen.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden bei Festzinsdarlehen kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt. Für Darlehen mit variablem Zinssatz werden Disagien und laufzeitunabhängige Einmalkosten (Bearbeitungsprovisionen) auf die Gesamtlaufzeit verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt. Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute. Für die Wertpapiere haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen. Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender Zeitwert verwendet. Aktive Märkte haben wir für alle unsere Wertpapiere (bis auf unseren Spezialfonds, vgl. Angaben unter Posten Aktiva 6) festgestellt. Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen, sowohl bei dauerhafter als auch bei einer nur vorübergehenden Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen und die immateriellen Anlagewerte, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor dem Jahr 2010 angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005g berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,0 % und Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Sparverträgen, Personalaufwendungen und im Zusammenhang mit rechtlichen Risiken. Rückstellungen wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. In Einzelfällen haben wir dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken wurde die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt. Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen. Durch die geänderte Bewertung der Rückstellungen im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG ist bei einigen Rückstellungen durch Ausübung des Fortführungswahlrechtes eine Überdeckung bis längstens 31.12.2024 entstanden. Deshalb wurden die Rückstellungen in unveränderter Höhe beibehalten. Die Überdeckung beträgt zum Bilanzstichtag 10 Tsd. Euro. Eine Aufwandsrückstellung, die vor dem 01.01.2010 gebildet wurde, haben wir auf Basis der Regelung gemäß Artikel 67 Abs. 3 EGHGB fortgeführt.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschl. Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch) einbezogen. Derivate, die nicht in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen wurden, haben wir einzeln bewertet.

2. Währungsumrechnung

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet. Für entsprechende zum Jahresende nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um lfd. Konten und Devisentermingeschäfte von Kunden, die durch

gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen. Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet.

3. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva 3	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	in €	in T €

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Forderungen	5.178.356,56	5.178
- Forderungen an die eigene Girozentrale	5.904.832,17	39.964

Der Unterposten b) – andere Forderungen – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	36.194,33
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	25.110.361,87
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	30.636.192,93
- mehr als fünf Jahre	2.684.958,84

Aktiva 4	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kunden	in €	in T €

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an verbundene Unternehmen	101.882,89	233
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.289.458,99	14.190

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	47.886.945,43
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	113.575.824,48
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	452.259.931,35
- mehr als fünf Jahre	1.675.788.254,83
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	89.996.585,38

Aktiva 5

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

in €

- Beträge, die bis zum 31.12.2013 fällig werden 47.792.177,90

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert 154.506.872,13

- nicht börsennotiert 5.074.592,09

Aktiva 6

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse ist alleinige Anteilsinhaberin eines inländischen Investmentvermögens im Sinne des Investmentgesetzes (InvG). Der Spezialfonds investiert überwiegend in Rentenpapieren deutscher Kreditinstitute. Der Marktwert (226,6 Mio. €) liegt über dem Buchwert (226,0 Mio. €). In 2012 wurden 9,3 Mio. € an die Sparkasse ausgeschüttet. Eine tägliche Rückgabe der Anteilscheine ist möglich.

31.12.2012
in €

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert 5.770.040,23

- nicht börsennotiert 0,00

Aktiva 7

Beteiligungen

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20%:

Name	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital in Tsd. €		Jahresergebnis in Tsd. €	
WFL Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH	Leverkusen	20,0%	1.442,7	*1	-763,6	*1

Erläuterung:

*1 Eigenkapital per 31.12.2011 unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2011

Darüber hinaus ist die Sparkasse Gesellschafterin der „Region Köln/Bonn-Sparkassen GbR“ mit Sitz in Köln und einem Geschäftsanteil von 1,7 Tsd. EUR sowie einer jährlichen Einschusspflicht, welche an der Durchschnittsbilanzsumme des Vorjahres gemessen wird (für 2012 5 Tsd. EUR). (Bilanzausweis Aktiva 13; Angabe nach § 285 Nr. 11a HGB)

Aktiva 8

Anteile an verbundenen Unternehmen

An folgenden verbundenen Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20%:

Name	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital in Tsd. €		Jahresergebnis in Tsd. €	
Euphrasia Grundstücksverwaltungsges.mbH & Co. Vermietungs KG	Mainz	100,0%	3,7	*1	-0,4	*1
Kenaf Grundstücksverwaltungsges.mbH & Co. Vermietungs KG	Mainz	100,0%	-171,4	*1	-2,7	*1
LeVenture Kapitalbeteiligungsges.mbH	Leverkusen	100,0%	23,2	*1	2,4	*1
LeVenture Kapitalbeteiligungsges.mbH & Co. KG	Leverkusen	100,0%	18.477,2	*1	-697,8	*1
Sparkasse Leverkusen Kapitalbeteiligungsges.mbH	Leverkusen	100,0%	1.133,0	*1	104,4	*1
AMBV Atrium-Mall Betriebs- und Vermietungsges.mbH	Leverkusen	54,0%	1.604,6	*1	92,7	m *1
S-Versicherungsagentur GmbH	Leverkusen	100,0%	25,6	*1	0,0	*2

Erläuterungen:

m mittelbar verbundenes Unternehmen

*1 Eigenkapital per 31.12.2011 unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2011

*2 Die Angabe des Jahresergebnisses entfällt, da der Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag wegen eines Gewinnabführungsvertrages regelmäßig ausgeglichen ist

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gem. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Aktiva 9

Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12

Sachanlagen

31.12.2012
in €

In diesem Posten ist enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten

8.130.807,89

Aktiva 14
Rechnungsabgrenzungsposten**31.12.2012**
in €**31.12.2011**
in T €

In diesem Posten ist enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag
und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten
in Höhe von

794.058,87

1.129

Aktive latente Steuern / Passive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15,83 % (inklusive Solidaritätszuschlag) und einem Gewerbesteuersatz von 16,63 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet und einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden:

Wertpapiere, Beteiligungen, Rückstellungen, Vorsorgereserven nach § 340f HGB.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben. Aufgrund der Regelungen des Investmentsteuergesetzes ergeben sich im Fall der Veräußerung von Investmentanteilen Steuerbe- und -entlastungseffekte, die in die Berechnung der latenten Steuern einbezogen wurden.

Fremdwährungen

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 2.544.697,21 €.

Passiva 1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

31.12.2012
in €

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 97.426.130,61

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 31.991.623,73

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 41.751.981,75

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 263.177.125,47

- mehr als fünf Jahre 219.193.414,25

Passiva 2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

31.12.2012
in €

31.12.2011
in T €

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 13.486.776,25 15.437

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 1.320.431,98 6.594

Der Unterposten a) ab) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 64.560.582,25

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 267.781.536,46

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 43.321.214,21

- mehr als fünf Jahre 179.849,84

Der Unterposten b) bb) – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 116.866.836,87

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 57.814.593,23

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 95.865.428,21

- mehr als fünf Jahre 31.401.329,80

Passiva 3
Verbriefte Verbindlichkeiten

31.12.2012
in €

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2013 fällige Beträge
enthalten:

5.000.000,00

Passiva 4
Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6
Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2012
in €

31.12.2011
in T €

In diesem Posten ist enthalten:

- der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem
Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von

2.728.974,23

3.219

Passiva 9
Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnitts-
verzinsung von 3,46 % und ursprüngliche Laufzeiten von vier
bis zehn Jahren.

Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden nachrangige
Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig in Höhe von

6.342.665,75

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind
im Geschäftsjahr Aufwendungen in folgender Höhe angefallen:

2.051.096,49

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen. Sofern im Einzelfall nicht davon ausgegangen werden kann, haben wir eine ausreichende Risikovorsorge gebildet.

In die unwiderruflichen Kreditzusagen sind Forward-Darlehen mit einbezogen.

Fremdwährungen

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 20.412.833,10 €.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für Offenmarktkredite bei der zentralen Notenbank in Höhe von 25.230.902,77 € sind refinanzierungsfähige Sicherheiten übertragen. Zur Besicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Weiterleitungsmitteln in Höhe von 176.115.396,39 € wurden Forderungen an Kunden in gleicher Höhe abgetreten. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Pfandbriefen (Namenspapiere) sind 75.542.925,70 € enthalten, die durch eigene Vermögensgegenstände (Wertpapiere und Grundpfandrechte) besichert sind.

GuV Posten 12

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten folgenden wesentlichen Einzelbetrag:
Sonderumlage in Höhe von 1,9 Mio. EUR gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes zur Deckung der Verbandskosten.

4. Sonstige Angaben

Angaben zu Pfandbriefen

Die Sparkasse hat seit 2011 sieben Pfandbriefemissionen durchgeführt. Es wurden Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert von 75.000.000,00 Euro platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgeführt. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz aufgrund des Pfandbriefgeschäftes:

Aktiva 4 Forderungen an Kunden	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	in €	in €	in T €	in T €
a) Hypothekendarlehen	1.165.735.595,12		1.131.708	
b) Kommunalkredite	151.753.172,10		137.865	
c) andere Forderungen darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren*	1.063.731.121,03	2.381.219.888,25 6.254.661,05	1.076.022	2.345.595 -

*Die Position „c) andere Forderungen, darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren“ ist mit den Werten des Vorjahres wegen verbesserter edv-technischer Ermittlungsmöglichkeiten nur bedingt vergleichbar.

Aktiva 14 Rechnungsabgrenzungsposten	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	in €	in €	in T €	in T €
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	793.491,98		1.128	
b) Andere	807.976,48	1.601.468,46	965	2.093

Passiva 1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	in €	in €	in T €	in T €
a) begebene Hypotheken- Namenspfandbriefe	75.542.925,70		25.098	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-		-	
c) andere Verbindlichkeiten	494.579.004,55	570.121.930,25	560.856	585.954
darunter:				
täglich fällig		3.999.305,99		65
zur Sicherstellung aufgenom- mener Darlehen an den Darle- hensgeber ausgehändigte Hy- potheken-Namenspfandbriefe		-		-
und				
öffentliche Namenspfandbriefe		-		-

Passiva 6 Rechnungsabgrenzungsposten	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	in €	in €	in T €	in T €
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.897.127,09		3.451	
b) Andere	3.177,08	2.900.304,17	6	3.457

Deckungsrechnung für Pfandbriefe

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen (85.907 Tsd. Euro) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen (4.000 Tsd. Euro) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

I) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio. Euro)

	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) (Verschieb. n. oben)		Risikobarwert *) (Verschieb. n. unten)	
	IV 2012	IV 2011	IV 2012	IV 2011	IV 2012	IV 2011	IV 2012	IV 2011
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	75,00	25,00	81,79	26,43	66,66	21,48	92,51	32,49
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	89,91	36,00	106,28	40,28	91,39	34,61	115,62	46,48
davon gattungsklassische Deckungswerte	85,91	34,00	101,60	38,28	86,80	32,69	110,93	44,43
davon sonstige Deckungswerte	4,00	2,00	4,67	2,00	4,59	1,92	4,69	2,05
Überdeckung in %	19,88%	44,00%	29,94%	52,40%	37,10%	61,20%	24,98%	43,10%
Sichernde Überdeckung § 4 Abs.1 PfandBG in %			4,73%					

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

*) nach statischem Verfahren gem. PfandBarwertV

II) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse (Angaben in Mio. Euro)

	Laufzeitstruktur IV 2012		Laufzeitstruktur IV 2011		Überhang	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	IV 2012	IV 2011
unter 1 Jahr	4,50	0,00	0,77	0,00	4,50	0,77
1 Jahr bis zu 2 Jahren	1,55	0,00	2,47	0,00	1,55	2,47
2 Jahre bis zu 3 Jahren	3,18	0,00	0,57	0,00	3,18	0,57
3 Jahre bis zu 4 Jahren	3,99	0,00	1,75	0,00	3,99	1,75
4 Jahre bis zu 5 Jahren	3,28	0,00	2,33	0,00	3,28	2,33
5 Jahre bis zu 10 Jahren	59,45	75,00	23,75	25,00	-15,56	-1,25
ab 10 Jahre	13,97	0,00	4,36	0,00	13,97	4,36

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

III) Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG zur Zusammensetzung der Deckungsmasse

(Angaben in Mio. Euro)

Gattungsklassische Deckung	IV 2012	IV 2011	Anteil an Deckungsmasse in %	Sonstige Deckung	IV 2012	IV 2011	Anteil an Pfandbriefumlauf in %
nach Größenklassen				sonst. Deckungswerte	4,00	2,00	5,33%
bis einschließlich 300 T€	78,86	30,97		weitere Deckung gem. § 19 Abs. 1 Nr.2-3 PfandBG brutto	0,00	0,00	0,00%
mehr als 300 T€ bis einschließlich 5 Mio.€	7,05	3,04		davon Auslastung nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00	0,00%
mehr als 5 Mio.€	0,00	0,00		höchste Geldforderung gegen ein KI	0,00	0,00	0,00%
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				Gesamtauslast. nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00	0,00%
wohnwirtschaftlich	81,25	32,33		Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	3,20	1,20	4,27%
gewerblich	4,66	1,67		Deckung für Liquiditätssicherung § 4 Abs.1a PfandBG	0,80	0,80	1,07%
nach Nutzungsart (II) in Deutschland				Summe gattungsklassische und weitere Deckung	85,91	34,00	114,54%
Wohnungen	24,70	8,76	28,8%				
Einfamilienhäuser	44,09	18,29	51,3%				
Mehrfamilienhäuser	12,25	5,28	14,3%				
Bürogebäude	2,02	0,00	2,4%				
Handelsgebäude	0,13	0,07	0,2%				
Industriegebäude	0,00	0,00	0,0%				
sonst. gewerblich genutzte Gebäude	2,72	1,60	3,2%				
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,0%				
Bauplätze	0,00	0,00	0,0%				

IV) Übersicht über rückständige gattungsklassische Deckungswerte (Angaben in Mio. Euro)

	IV 2012	IV 2011
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00

V) Anhang des Jahresabschlusses (Angaben in Mio. Euro)

	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	IV 2012	IV 2011	IV 2012	IV 2011
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zum Bilanzstichtag stellen sich die Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wie folgt dar:

Art des Geschäfts:	Kredite, Darlehen und Avale inkl. offene Zusagen	Einlagen	Erbringung von Dienstleistungen
(Angaben in Mio. Euro)			
Art der Beziehung:			
Personen in Schlüsselpositionen inkl. nahe Familienangehöriger	6,8	1,6	0
Tochterunternehmen	0,5	13,5	2,6
Stadt Leverkusen und der Stadt nahe stehende Unternehmen	255,5	34,3	1,3

Darüber hinaus bestanden nicht in Anspruch genommene Kreditlinien.

Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente. Es handelt sich um (Handels-) Geschäfte im Kundeninteresse, denen betrags- und fristenkongruente Deckungsgeschäfte gegenüberstehen, sowie um Derivate zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Bei den Deckungsgeschäften zu Zinsswaps handelt es sich um in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogenen schwebenden Geschäfte.

	Nominalbeträge (in Tsd. €) nach Restlaufzeiten				Beizulegende Zeitwerte (in Tsd. €)	Buchwerte (in Tsd. €) 3)
	bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Insge- samt		
Zinsbezogene Termingeschäfte (OTC-Produkte)					1)	
Zinsswaps einschl. Forwardswaps	39.100	181.370	260.000	480.470	+ 4.419 - 57.532	0
davon: Deckungsgeschäfte	39.100	181.370	260.000	480.470		
Währungsbezogene Termingeschäfte (OTC-Produkte)					2)	
Devisen- Termingeschäfte	5.618	-	-	5.618		0
davon: Deckungsgeschäfte	2.809	-	-	2.809		

1) Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

2) Positive und negative Zeitwerte gleichen sich vollständig aus.

3) Up-Front-Payment/Rückstellung

Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fand die Euro Swap-Zinskurve per 31.12.2012 Verwendung. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean price).

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurden die Terminkurse am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen.

Darüber hinaus besteht ein Credit Default Swap mit einem Volumen von 4,8 Mio. €, bei dem die Sparkasse Sicherungsgeber ist. Eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 4,6 Mio. € (Volumen Credit Default Swap 4,8 Mio. € abzüglich anteiliger ausgeschiedener Kredite) wurde auf der Passivseite unter dem Bilanzstrich Posten 1b) vermerkt.

Zusätzlich hat die Sparkasse Kreditforderungen in Höhe von 5 Mio. € durch die Hereinnahme eines Credit Default Swaps besichert.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte § 285 Nr. 3 HGB

Im Rahmen von Immobilien-Einbringungsmodellen der Deutsche-Anlagen-Leasing GmbH haben wir in der Vergangenheit Immobilien veräußert/eingebracht, um die zuvor gebundene Liquidität und die Veräußerungserlöse für die Sparkasse nutzbar zu machen. Es bestehen aus den in diesem Zusammenhang geschlossenen Sale-and-lease-back-Verträgen jährliche Verpflichtungen:

- | | |
|---------------------------------------|------------|
| a) bis zum Jahr 2020 | 3,8 Mio. € |
| b) ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2031 | 2,6 Mio. € |

In den jährlichen Verpflichtungen der bis zum Jahr 2031 laufenden Verträge sind Beträge enthalten, die zum Ende der Vertragslaufzeiten eine Übernahme der geleasteten Immobilien zum Buchwert ermöglichen.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen § 285 Nr. 3a HGB

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf -RSGV- mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet hat, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. EUR als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (2,0 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2012 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im

Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von 10 Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 6,0 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2012 1,5 Mio. EUR.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Sparkasse Leverkusen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2012 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2013 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes -pauschales- Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) neu festgesetzt. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und stetiger Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Z. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2011 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 24 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betrugen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 26,2 Mio. EUR im Jahr 2012 2,0 Mio. EUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2012 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 50,4 Mio. EUR ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2011 der RZVK etwa 28,5 %. Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2012 verwendet.

Honorare für den Abschlussprüfer § 285 Nr. 17 HGB

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen:	229	Tsd. €
b) für andere Bestätigungsleistungen:	46	Tsd. €
c) für sonstige Leistungen:	0	Tsd. €
GESAMTHONORAR:	275	Tsd. €

Mitarbeiter/-innen § 285 Nr. 7 HGB

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	398
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>160</u>
	558
Auszubildende	<u>43</u>
Insgesamt:	601
	===

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied:

Reinhard Buchhorn
Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen

1. Stellvertreter
des vorsitzenden Mitglieds:

Dr. Walter-Rainer Mende

2. Stellvertreter
des vorsitzenden Mitglieds:

Paul Hebbel

Verwaltungsratsmitglieder:

Heinz-Gerd Bast
Schulamtsdirektor i.R.

Markus Beisicht
Rechtsanwalt

Thomas Eimermacher
Unternehmensberater

Paul Hebbel
Oberbürgermeister a. D.

Volker Hohnl
Sparkassenangestellter

Klaus Hupperth (verstorben am 28.12.2012)
Schulrektor i.R.

Michael Jansen
Bereichsleiter Energieversorgung
Leverkusen (EVL)

Stefan Keith
Sparkassenangestellter

Guido Lenné
Rechtsanwalt

Dr. Walter-Rainer Mende
Rechtsanwalt
Oberbürgermeister a.D.

Uwe Pöschke
Sparkassenangestellter

Erhard T. Schoofs
Lehrer a.D.

Andreas Tangemann
Sparkassenangestellter

Nicole Zielke
Sparkassenangestellte

Stellvertreter:

Peter Ippolito
Prokurist Klinikum Leverkusen

Susanne Kutzner
Personalbetreuerin

Irmgard von Styp-Rekowski
Hausfrau

Gisela Schumann
Lehrerin

Peter Brosch
Sparkassenangestellter

Christine Richerzhagen
Industriekauffrau

Martin Keil
Pensionär

Sabine Kurzidim
Sparkassenangestellte

Reinhard Sablowski
Informatiker

Wolfgang Pockrand
Pensionär

Ralf Becker
Sparkassenangestellter

Paul Scharbrodt
Dipl. Ingenieur

Marco Hesse
Sparkassenangestellter

Torsten Junkes
Sparkassenangestellter

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten für ihre Teilnahme an den Sitzungen eine jährliche Pauschale von 1.700 Euro. Daneben wird ihnen sowie den Mitgliedern von Risikoausschuss, Hauptausschuss und Bilanzprüfungsausschuss eine Entschädigung von 350 Euro je Sitzung gezahlt. Die Vorsitzenden von Verwaltungsrat, Risikoausschuss und Bilanzprüfungsausschuss erhalten eine Entschädigung von 700 Euro je Sitzung, die stellvertretenden Vorsitzenden von 525 Euro je Sitzung.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2012 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Tsd. €	Name	Tsd. €	Name	Tsd. €
Buchhorn, Reinhard	11,9	Bast, Heinz-Gerd	8,9	Beisicht, Markus	4,9
Eimermacher, Thomas	12,2	v. Styp-Rekowski, Irmgard	0,4	Hebbel, Paul	10,1
Richerzhagen, Christine	0,4	Hohnl, Volker	8,4	Hupperth, Klaus	4,9
Jansen, Michael	4,9	Junkes, Torsten	0,4	Keith, Stefan	4,5
Sablowski, Reinhard	0,4	Lenné, Guido	4,5	Dr. Mende, Walter	12,7
Pöschke, Uwe	4,9	Becker, Ralf	0,4	Schoofs, Erhard T.	4,5
Tangemann, Andreas	4,5	Zielke, Nicole	8,4	Insgesamt	112,2

Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) wurden in Höhe von insgesamt 1.883.406,78 € ausgereicht.

Vorstand

Manfred	Herpolsheimer	Vorsitzender
Markus	Grawe	Mitglied
Stefan	Grunwald (bis 31.12.2012)	Mitglied
Rainer	Schwarz (ab 01.01.2013)	stv. Mitglied

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 30 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den vom Verwaltungsrat gebildeten Hauptausschuss festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Grundbetrag und Allgemeine Zulage erfolgsunabhängig	2012	Sonstige Vergütung	Gesamt-Vergütung
		Leistungszulage erfolgsabhängig		
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Herpolsheimer, Manfred Vorsitzender	382	97	71	550
Grawe, Markus Mitglied	312	40	12	364
Grunwald, Stefan Mitglied	312	40	16	368
Summe	1.006	177	99	1.282

Die sonstigen Vergütungen betreffen u.a. Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Herpolsheimer beträgt bis zum 30.09.2014 60 %, von Herrn Grunwald bis zum 31.12.2012 40 % und von Herrn Grawe bis zum 31.12.2014 40 % der ruhegeldfähigen Bezüge. Die Ansprüche steigen im Falle einer Wiederbestellung um 5 %-Punkte auf max. 65 % bei dem vorsitzenden Mitglied und auf max. 55 % bei den weiteren Mitgliedern des Vorstands. Hinsichtlich des Ruhegeldes und der Versorgungsbezüge besteht eine Regelung für Hinterbliebenenbezüge.

Die gewährten Vorschüsse und Kredite (einschl. Haftungsverhältnisse) betrugen 2.247.160,70 €.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

	Im Jahr 2012 der Pensionsrückstellung zugeführt	Barwert der Pensionsansprüche Per 31.12.2012
Vorstand	Tsd. €	Tsd. €
Herpolsheimer, Manfred	293	2.549
Vorsitzender		
Grawe, Markus	133	359
Mitglied		
Grunwald, Stefan	-1.089	0
Mitglied		
Schwarz, Rainer	833	833
stv. Mitglied		
Summe	170	3.741

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % bzw. 65 % der zum Zeitpunkt der bei Eintritt des Ruhegeldfalles zustehenden ruhegehaltfähigen Bezüge. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 661.807,97 € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen von 8.614.830,00 €.

Leverkusen, den 1. März 2013

Der Vorstand

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Leverkusen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 14. Mai 2013

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Herbig
Verbandsprüfer